

466/AE XXI.GP

Eingelangt am: 04.07.2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heidrun Silhavy, Manfred Lackner
und GenossInnen
betreffend Dämpfung des Zuwachses bei den Heilmittelkosten

Die Bundesregierung sorgt für totales Chaos in der Gesundheitspolitik. Den Ministern Sichel und Haupt sowie Staatssekretär Waneck ging es und geht es einzig und allein darum, das österreichische Gesundheitswesen trotz hoher Akzeptanz und ausgezeichneter internationaler Reputation zu zerschlagen.

Die Österreicherinnen und Österreicher sind mit der medizinischen Versorgung des Gesundheitswesens sehr zufrieden. Die WHO stellt dem Österreichischen Gesundheitssystem ein sehr gutes Zeugnis aus. Österreich gehört zu den zehn reichsten Ländern der Welt und gibt nur 8,3 Prozent des BIP oder 2000 Dollar pro Kopf für Gesundheit aus.

Unser Gesundheitssystem, hat relativ geringe Verwaltungskosten im Vergleich zu privaten Systemen. Nach Erhebungen des IHS haben private Versicherungen Verwaltungskosten von 9 Prozent, während unsere Selbstverwaltung, mit Verwaltungskosten von 3,6 Prozent das Auslangen findet. Das ist ein guter Beweis, dass unser System aus der Sicht der Finanzierbarkeit eine gute Grundlage hat.

Dieses System hat aber auch eine Reihe von Problemen, die Ursachenanalyse zeigt zwei Hauptursachen: eine einnahmenseitige und eine ausgabenseitige. Einnahmenseitig ist eine Beitragseinnahmenerosion festzustellen, das heißt die Einnahmen im Gesundheitswesen wachsen schwächer als die Wirtschaftskraft unseres Landes. Ausgabenseitig sind insbesondere die explodierenden Medikamentenkosten bemerkenswert.

Daher liegt ein wesentlicher Teil der ausgabenseitigen Gesundheitsreform in der Dämpfung des Zuwachses bei den Heilmittelkosten. Österreich liegt im Europavergleich bei den Medikamentenkosten bei den Industriepreisen im letzten Drittel (hinter uns sind nur Griechenland, Spanien, Portugal und Frankreich), aber im Großhandel und bei den Apotheken kommen wir durch die Aufschläge insgesamt über dem europäischen Durchschnitt zum liegen.

Während die Sozialpartner und der Hauptverband konstruktiv an der Schließung der Finanzierungslücke der Krankenkassen arbeiteten, hat die Regierung das Finanzierungsproblem für die Krankenkassen drastisch verschärft und will nun den Hauptverbandspräsidenten per Gesetz ablösen, diese Vorgangsweise ist ein demokratiepolitischer Skandal.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert dem Nationalrat bis September 2001 ein Sofortmaßnahmenprogramm zur Senkung der Medikamentenkosten um 3 Mio. ATS vorzulegen.

Inbesondere müssen folgende Maßnahmen enthalten sein:

1. Senkung der Großhandelsspannen auf EU - Niveau (Kostensparnis rund 170 Mio. ATS).
2. Senkung der Apothekenspannen auf EU - Niveau (Kostensparnis rund 624 Mio. ATS).
3. Direkteinkauf der Hausapotheken beim Großhandel (bringt 150 Mio. ATS).
4. Direktmedikamentenabgabe in Spitalsambulanzen an die Patienten (bringt 100 Mio. ATS).
5. Direkteinkauf der Sozialversicherung für chronisch kranke Menschen (z.B. Diabetiker, Dialyse, etc.) (bringt rund 500 Mio. ATS).
6. Voller Ausgleich der Mehrwertsteuer auf Medikamente (bringt 1 Mio. ATS).
7. Beschleunigung der Zulassung von Generika.
8. Substitutionsgebot für Apotheker bei wirkstoffidenten Produkten die kostengünstigsten abzugeben.
9. Im Heilmittelverzeichnis sind zusätzliche Hinweise auf günstigere Produkte, z.B. durch die Hervorhebung preisgünstiger Generika bzw. der Verweis auf in der Regel preisgünstigere Indikationsgruppen, aufzunehmen.
10. Die niedergelassenen Ärzte und die Spitalsärzte müssen mehr Verantwortung für wirtschaftliche Verschreibung und Beratung übernehmen.

11. Die Vertragspartner und die Sozialversicherung sollen im Sinne der Verwaltungsvereinfachung für Patienten verpflichtet werden, dass chefärztliche Bewilligungen per Fax oder e - mail eingeholt werden.
12. Verpflichtung der Krankenanstalten, sich an die Richtlinien über die ökonomische Verschreibweise/Heilmittelverzeichnis zu halten.
13. Maßnahmen auf EU - Ebene
 - Adaptierung der Heilmittel - Transparenzrichtlinie aufgrund der Amsterdamer Verträge (gesundheits und sozialpolitische Ziele)
 - Nachfolgeprodukt zu Eudramat, um die Preistransparenz im EU - Binnenmarkt bei Heilmitteln zu gewährleisten
 - Verkürzung des Patentschutzes von Originärprodukten zur Förderung von Generika
14. Auflage eines verständlichen Gebrauchsinformations - Kompendiums in Apotheken."

Zuweisungsvorschlag: Ausschuss für Arbeit und Soziales